

Kommen, gehen, bleiben.

Griechische Gastarbeiter*innen in der Bundesrepublik Deutschland ab 1960

von Ulf Brunnbauer und Fatima Ajanović

„Wir sind neun Familien hier aus demselben Dorf. Wir haben kein ‚Geben und Nehmen‘ mit den Deutschen, auch nicht mit den Ausländern. Mein Sohn geht auf die deutsche Schule, jetzt ist er 15 Jahre alt. Er hilft uns mit der deutschen Sprache. Keiner von uns spricht Deutsch.“

Dieses Zitat stammt von einem griechischen Gastarbeiter aus dem Jahr 1972, der im Zuge des deutsch-griechischen Anwerbeabkommens von 1960 nach Deutschland ausgewandert ist. Wie so viele andere griechische Gastarbeiter kam er aus Nordgriechenland und fand in der Gegend von München seine neue Heimat. Hier wird das Bild eines Menschen deutlich, der ursprünglich mit der Motivation nach Deutschland kam, einige Jahre hier zu arbeiten und dann mit seinen Ersparnissen in seine Heimat zurückzukehren. Aber nun sind es schon zwölf Jahre, die er in Deutschland lebt, sein Sohn wird hier eingeschult, alles deutet auf eine dauerhafte Ansiedlung hin. Gleichzeitig findet noch kaum Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft statt, aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse.

Hunderttausende andere Griechen machten damals ähnliche Erfahrungen. Auslöser dafür war die im März 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Griechenland unterzeichnete Anwerbeabkommen (Griechenland hatte den ersten solchen Anwerbevertrag 1954 mit Frankreich abgeschlossen). Das Anwerbeabkommen sah das sogenannte Rotationsmodell vor, nach dem die angeheuerten Arbeitskräfte nach 6 bzw. 12 Monaten Arbeit ins Heimatland zurückkehren sollten. Die deutsche Seite versuchte mit der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Griechenland dem Arbeitskräftemangel in Zeiten des „Wirtschaftswachstums“, v. a. in der Industrie, entgegenzuwirken und schloss ähnliche Vereinbarungen mit einer Reihe weiterer südeuropäischer Staaten ab. Die griechische Regierung hoffte, dass die Arbeitsmigration als Lösung für die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten und die Unterbeschäftigung im Land selbst dienen könnte. Außerdem rechnete man damit, dass die Migranten Geld heimschicken würden – ein willkommener Devisenzufluss – und letztlich die Arbeitskräfte mit Erspartem sowie neuen Kenntnissen zurückkehren würden. Somit könnte die Arbeitsmigration insgesamt der Entwicklung der Wirtschaft dienlich sein, so die Hoffnung der Regierung in Athen. Damit würde die Abwanderung die soziale Unzufriedenheit im Lande reduzieren; man darf nicht vergessen, dass der griechische Bürgerkrieg erst ein Jahrzehnt vorbei und die politische Stabilität entsprechend fragil war. Gegenüber der bundesdeutschen Regierung verwies die griechische bei den Verhandlungen mit Bonn zudem auf die Verantwortung der Bundesrepublik, durch die Aufnahme griechischer Arbeiter Schäden aus der Besatzungsherrschaft während des Weltkriegs zu kompensieren.

Auf Basis des Abkommens richtete Deutschland in Athen eine Anwerbekommission als Außenstelle der Bundesanstalt für Arbeit ein (mit einer Nebenstelle in Saloniki). Gemeinsam mit dem griechischen Arbeitsministerium nahm sie die Auswahl der Gastarbeiter vor. Die deutsche Kommission beurteilte die gesundheitliche und berufliche Tauglichkeit der Migrationswilligen und lehnte viele auch ab. Das griechische Ministerium fungierte dabei als Vermittler, der Arbeitskräfte zur Rekrutierung vorschlug und damit eine gewisse Lenkung vornehmen konnte. Dominant war aber die deutsche Seite, da die griechischen Behörden mit einer stärkeren Reglementierung der Auswahl überfordert waren. Schon 1960 kamen so

25.000 griechische Arbeiter nach Deutschland. Insgesamt wurden rund zwei Drittel der von 1960 bis 1973 nach Deutschland gekommenen griechischen Arbeitskräfte über diese Kommission vermittelt (382.000 Personen) – der Rest kam auf eigene Faust, z. B. mit einem Touristenvisum, um dann nachträglich in Deutschland eine Arbeitserlaubnis zu beantragen. Weiterreichende Abkommen zum Schutz der griechischen Arbeitskräfte in Deutschland wurden zwischen den beiden Staaten nicht abgeschlossen, der griechische Staat überließ sie sich selbst bzw. ihren deutschen Arbeitgebern; sie würden ja nur kurz in der BRD bleiben, so dachte man damals.

In den 1960er Jahren wurde Deutschland zum wichtigsten Zielland für Arbeitsmigranten aus Griechenland – fast 90 Prozent der griechischen Europamigration zwischen 1960 und 1976 ging in die BRD, die dadurch die USA als wichtigste Destination für die griechische Emigration ablöste. In diesem Zeitraum wurden mehr als 600.000 Zuzüge aus Griechenland registriert, darunter auch viele, die bereits ein zweites oder drittes Mal nach Westdeutschland kamen. Im Jahr 1966 erreichte die Zahl der in der BRD beschäftigten Griechen fast 200.000 und 1972 den Höchstwert von 270.000. Im Jahr 1970 wird die höchste Zahl von jährlichen Zuzügen aus Griechenland verzeichnet: 95.000 Personen. Circa 40 Prozent der Zuwanderer aus Griechenland waren Frauen, denn in Griechenland selbst waren die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen schlecht. Von allen Nationen, die Anwerbeabkommen mit der Bundesrepublik abgeschlossen haben, hatte Griechenland die höchste Frauenquote unter den abgewanderten Arbeitskräften. 1973 ging die staatliche Anwerbung von Arbeitskräften aus Griechenland als Folge der Wirtschaftskrise in Deutschland aufgrund des Ölpreisschocks schließlich zu Ende. Allerdings wanderten auch danach noch Griechen in die BRD aus, im Rahmen der Familienzusammenführung ebenso wie zur Arbeitsaufnahme.

Die Migration war keine Einbahnstraße, beide Regierungen gingen ja davon aus, dass die Arbeitsmigranten nach maximal wenigen Jahren Arbeit in Deutschland wieder in ihre Heimat zurückkehren würden, daher der Begriff „Gastarbeiter“. Alljährlich kehrten tatsächlich Zehntausende nach im Durchschnitt etwa drei Jahren Verweildauer in Deutschland wieder heim; von ihnen wanderte aber ein nicht unwesentlicher Teil erneut in die BRD ab. Die Rückkehrbewegung verstärkte sich nach dem Fall des Obristenregimes 1974, in einer Zeit, in der wegen der Wirtschaftskrise auch die deutsche Regierung an einer Rückkehr der Gastarbeiter besonders interessiert war. Viele griechische Migranten blieben aber in Deutschland und wurden so vom ‚Gastarbeiter‘ zum ‚Zuwanderer‘. Einer Studie aus dem Jahr 1977 zufolge lag die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von griechischen Arbeitsmigranten in Deutschland bei mehr als zehn Jahren – diese hatten offenkundig ihren Rückkehrwunsch bis auf Weiteres ad acta gelegt. Man schätzt, dass die Hälfte der nach Deutschland abgewanderten griechischen Migranten wieder in ihre alte Heimat zurückkehrten. Das Ausmaß der Deutschlandmigration kann man an einer Zahl ermessen, die der Historiker Ioannis Zelepos angibt: Im Jahr 2000 sollen rund zehn Prozent der Bevölkerung Griechenlands auf einen kürzeren oder längeren Aufenthalt in Deutschland zurückgeblickt haben.

Die Mehrheit der griechischen Gastarbeiter kam aus den unterentwickelten ländlichen Regionen Nordgriechenlands (Mazedonien und Thrakien), die damals eine massive Landflucht erlebten. Die meisten von ihnen hatten keine berufliche Qualifikation, sondern kamen von kleinen Bauernhöfen. Weniger als zehn Prozent der Migranten stammte aus größeren Städten. Ein Bericht des SPD-Pressedienstes in einer Artikelserie über die Probleme der griechischen Gastarbeiter von 1962 fasste die Problematik plakativ zusammen: „Sie haben niemals vorher in der Industrie gearbeitet. (...) Plötzlich sehen sie sich in eine Welt

modernster, zum Teil automatisierter Fabriken gestellt, wo doch manche von ihnen noch nie im Leben eine Maschine zu Gesicht bekommen haben“ (siehe den Quelletext).

Angesichts ihrer fehlenden Qualifikation wurden die meisten Gastarbeiter aus Griechenland in Jobs beschäftigt, die schwer, unangenehm und schlecht bezahlt wurden – eine Erfahrung, die Arbeitsmigranten aus anderen Ländern ebenfalls machten. Viele hatten am Anfang nur einjährige Arbeitsverträge und damit keine längere Beschäftigungssicherheit. Ihre Arbeitnehmerrechte kannten sie auch nicht. Die wichtigsten Branchen, in denen sie eingesetzt wurden, waren die Eisen- und Metallindustrie sowie andere Bereiche der industriellen Verarbeitung. Vergleichsweise wenige kamen in der Bauwirtschaft unter, wo sonst viele Gastarbeiter tätig waren. Das deutsche Bundesland mit den meisten griechischen Arbeitsmigranten war Nordrhein-Westfalen (35 Prozent im Jahr 1973), es folgten mit Baden-Württemberg und Bayern zwei weitere industrielle Zentren. Im Laufe der Jahre sollte sich das Beschäftigungsprofil aber deutlich ändern, auch aufgrund der Krise der Industrie in der BRD Mitte der 1970er Jahre. Immer mehr Griechen gründeten ihren eigenen Dienstleistungsbetrieb. Griechische Restaurants und Snackbars wurden allgegenwärtig, auch in kleineren Städten, die als Familienunternehmen geführt werden. Selbständiges Kleinunternehmertum hat unter den Griechen bekanntlich Tradition. 2004 soll der Anteil der Selbständigen unter den Griechen in Deutschland bei über 15 Prozent gelegen haben, was hoch ist. Der größte Anteil ist aber noch immer in der Industrie beschäftigt, nur sind diese Jobs heute ganz andere als vor fünfzig Jahren.

Firmengründungen zeigen bereits, dass für viele der Gastarbeiter Deutschland zur neuen Heimat wurde. Da dies aber anfänglich weder von der bundesdeutschen noch der griechischen Regierung gewollt war, gab es vom Staat keine Unterstützung für die Integration. Es sollte noch viele Jahrzehnte dauern, bis sich Deutschland offiziell als Einwanderungsgesellschaft begriff. In der zeitgenössischen Presse konnte man oft davon lesen, dass die Griechen unter sich blieben. Da viele kein Deutsch konnten und wenig Gelegenheit hatten es zu lernen (am Arbeitsplatz trafen sie häufig vor allem auf andere Gastarbeiter), ging die Einbindung der ersten Generation in die Mehrheitsgesellschaft langsam vor sich. Erschwerend kamen die oftmals schwierigen Wohnverhältnisse hinzu – wie viele andere Ausländer wurden Griechen am Wohnungsmarkt diskriminiert. Gleichzeitig galten die griechischen Gastarbeiter aber als im Vergleich zu anderen Zuwanderern „unproblematisch“, zumal sich ihre Kultur eines guten Rufes in Deutschland erfreute. Und im Dekor und den Namen ihrer Restaurants spiegelte sich auch der Stolz der Griechen auf ihre Heimat wieder. Man versuchte auch möglichst, innerhalb der eigenen Community zu heiraten – die Zahl von Ehen zwischen Griechen und Deutschen blieb gering. Neben dem Bemühen, in der Fremde die eigene Kultur aufrecht zu erhalten, war eine wichtige Ursache dafür die Tatsache, dass die Griechen wie andere Arbeitsmigranten oft Zurückweisung erfuhren und von schlechten Lebensbedingungen gezwungen wurden, sich selbst zu organisieren.

Die Förderung der Integration ihrer Staatsbürger in Deutschland war lange Zeit nicht Politik der griechischen Regierung, im Gegenteil: Sie richtete griechische Privatschulen in Deutschland ein, finanzierte diese und versorgte sie mit griechischem Lehrpersonal und -material. In Nürnberg beispielsweise wurde etwas schon 1966 auf Initiative des Staates eine griechische Volksschule gegründet; die Lehrerinnen kamen aus Griechenland und im ersten Schuljahr wurden 145 Schulkinder gezählt. Später wurde in Nürnberg auch ein griechisches Gymnasium und ein Lyzeum gegründet. Die Schülerzahlen begannen aber Anfang der 1980er Jahre deutlich abzunehmen – ein allgemeiner Trend für die griechischen Schulen. Die meisten Kinder griechischer Eltern in Deutschland gingen in eine deutsche Regelschule. War anfänglich das Bildungsniveau unter den Arbeitsmigranten recht gering – wobei die

griechischen ähnlich wie die jugoslawischen noch relativ gut da standen –, so erlebten die zweite und dritte Generation einen deutlichen Bildungsaufschwung.

Nicht nur die griechischen Schulen, auch der Aufbau einer griechisch-orthodoxen Kirchenorganisation sowie die zahlreichen Emigrantenvereine (organisiert als Griechische Gemeinden) waren Orte, wo die Griechen zwar unter sich blieben, sie aber Möglichkeiten des Austausches und der Partizipation hatten, die wiederum langfristig die Integration beförderten. Angesichts der Diktatur in Griechenland von 1967 bis 1974 beschäftigten sich viele diese Emigrantenvereine mit der politischen Situation in ihrer „alten Heimat“. Sie kämpften für die Demokratie und organisierten Aktionen gegen das Regime der Obristen. Politisierung und auch parteipolitische Polarisierung, so typisch für die griechische Gesellschaft, sollte auch die Griechischen Gemeinden in Deutschland auszeichnen.

Während sich der griechische Staat um die nationale Identität seiner Migranten Sorgen machte und versuchte, politischen Einfluss zu erlangen, kümmerte ihn ihre oft missliche soziale Lage weniger. Und das obwohl die griechischen Arbeitsmigranten viel Geld in ihre Heimat (an ihre Familien) schickten; in den 1960er und frühen 1970er Jahren machten die Überweisungen der Migranten einen größeren Anteil unter den Devisenzuflüssen Griechenlands aus als etwa der Tourismus und die Reedereien. Allerdings revanchierte sich die griechische Regierung nicht adäquat; das Netz der Konsulate und der aus Griechenland entsandten Betreuer war unzureichend. Eine bedeutendere Rolle spielte hier das Diakoniewerk. Als Wohlfahrtsverband der Evangelischen Kirche in Deutschland erhielt die Diakonie von der Regierung den Auftrag, Beratungsstellen mit griechischsprachigen Sozialarbeitern und Freizeitzentren aufzubauen (für die italienischen, portugiesische und spanischen Gastarbeiter war die katholische Caritas zuständig, für türkische und jugoslawische die Arbeiterwohlfahrt). Sie halfen etwa im Kontakt mit Behörden und in diversen sozialen Belangen. Eine zentrale Rolle für den Schutz der Rechte der griechischen Arbeitnehmer in Deutschland und damit auch ihre Integration am Arbeitsplatz spielten der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB und einzelne Industriegewerkschaften.

Mit dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft 1981 und insbesondere mit der Freizügigkeit für Griechen im Jahr 1988 erhöhte sich nochmals die Zahl der Migranten, die aus Griechenland nach Deutschland kamen. Der EG-Beitritt Griechenlands verbesserte auch die aufenthaltsrechtliche Situation der griechischen Staatsbürger in der BRD. In den Jahren danach kamen rund 100.000 Griechinnen und Griechen nach Deutschland, viele aber nur für kurze Zeit. Insgesamt sollte sich ja in Griechenland in den 1990er und frühen 2000er Jahren die ökonomische Lage stark verbessern, das Land wandelte sich vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Einen erneuten Trend zur Emigration, auch nach Deutschland, gab es in der tiefen Wirtschaftskrise ab 2009, als die Arbeitslosigkeit in Griechenland explodierte. Vor allem junge Menschen, darunter viele mit Universitätsabschluss, taten sich sehr schwer, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Deutschland war wieder eine populäre Destination, denn zum einen war hier die Arbeitslosigkeit sehr gering, zum anderen gab es nach wie vor viele familiäre Verbindungen. Die ganz große Welle von Arbeitsmigranten aus Griechenland, wie von vielen erwartet, blieb aber aus: Die Zahl der griechischen Staatsbürger, die in Deutschland leben, wuchs von rund 276 000 im Jahr 2010 auf 362 000 im Jahr 2017 und stagniert seither (diese Zahlen beinhalten nur jene, die nicht auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben; man sollte als noch etwas mehr als 100 000 Doppelstaatsbürger*innen hinzuzählen).

Das soziale Profil dieser jüngsten Arbeitsmigration aus Griechenland unterscheidet sich stark von jenem der 1960er und spiegelt die Veränderung der griechischen Gesellschaft in diesem

Zeitraum wider: Waren es einst überwiegend Landwirte, sind es jetzt zumeist junge, gut ausgebildete Menschen, viele davon mit Hochschuldiplom. Dass diese jungen Leute in ihrer Heimat keinen Job finden, ist natürlich auch ein Armutszeugnis für Europa. Wie insgesamt die Episode der griechischen Arbeitsmigration nach Deutschland viel über Ungleichheit auf unserem Kontinent aussagt und schon alleine deshalb wert ist, in Erinnerung behalten zu werden.

Literatur

Afratis, Georgios: Struktur und Situation der Privatschulen des griechischen Staats in Bayern, dargestellt am Beispiel Nürnbergs. Eine empirische Untersuchung dieser Schulen und der Studien- und Berufsausbildungswege der Absolventen/innen der Privatlyzeen. Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 2001.

Althammer, Walter (Hg.): Das Gastarbeiterproblem. Rotation? Integration? Arbeitsplatzverlagerung? München 1974.

Brachat-Schwarz, Werner; Rainer Wolf, Monika Kaiser: 60 Jahre Anwerbeabkommen mit Griechenland und Spanien. Ausgewählte Ergebnisse zur griechischen und spanischen Bevölkerung in Baden-Württemberg. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Monatshefte, Nr. 3, 2020, <https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20200301>

Hinrich-Matthias Geck: Die griechische Arbeitsmigration. Eine Analyse ihrer Ursachen und Wirkungen. Königstein/Ts. 1979.

King, Russell; Anastasia Christou; Jill Ahrens: From first-generation guestworkers to second-generation transnationalists: German-born Greeks engage with the “homeland”. Working Paper. University of Sussex, 2010, http://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/11101/1/SCMR_WP_65_From_First_Generation_Guestworkers_250511.pdf

Rass, Christoph A.: Die Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit Griechenland und Spanien im Kontext eines europäischen Migrationssystems. In: Oltmer, Jochen; Axel Kreienbrink; Carlos Sanz Díaz (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. München 2012, S. 53–69.

Tseligka, Eleni: From *Gastarbeiter* to European Expatriates. Greek Migrant Communities in Germany and their Socio-political Integration. Frankfurt/Main 2020.

Wolfrum, Jutta: „Heimat ist wie eine Göttin der Antiquität“. Lebensperspektiven junger griechischer MigrantInnen und RemigrantInnen – kreativ geschrieben. Frankfurt am Main 2001.

Zeilepos, Ioannis: Griechische Migration nach Deutschland, in: DeutschlandArchiv, 23.1.2017, Link: www.bpb.de/241095